Presseübersicht und Auswertung

November / Dezember 2009

Zeitraum

14. November bis 28. Dezember 2009

Bearbeiter

Dr. Christoph Ewen

Gliederung

- 1: Genereller Eindruck**
- 2: Das Integrierte Maßnahmenkonzept von K+S und die gemeinsame Sitzung der Umweltausschüsse**
- 3: Die Sitzung des Runden Tisches am 10. November 2009**
- 4: Weitere Aktivitäten zur Salzwasserproblematik**
- 5: K+S in der Wirtschaftspresse**

1. Überblick

Im Nachgang zu den Aktivitäten im Niedersächsischen Landtag (Anhörung der SPD, gemeinsame Sitzung der Umweltausschüsse der 5 beteiligten Länder) setzt sich die Diskussion in Niedersachsen fort. Die SPD im niedersächsischen Landtag agiert weiterhin intensiv gegen die Pipeline. Mit der Jahrestagung des Weserbundes am 23.11. kommt Unterstützung für die Pipeline, allerdings wird dieses Signal übertönt von der von Landrat Backhaus angestoßenen Diskussion um die Finanzierung der Pipeline. Der nächste Anlass für Pressemeldungen ist die Verlängerung des Härtegrenzwertes, die in Thüringen Ende November, in Hessen Anfang Dezember kommuniziert wird. Und parallel dazu tagen die Umweltminister der Weser-Anrainer-Länder: Sie finden keine Einigung zur Pipeline, verabschieden aber einen Bewirtschaftungsplan. Neben diesen auf den Gewässerschutz bezogenen Pressemeldungen sorgt das Thema „Kurzarbeit“ und „Nachfrage nach Kali“ vor Ort weiterhin für besorgte Meldungen.

Betrachtet man die räumliche Herkunft der Pressemeldungen, so wird deutlich, dass die Diskussion zunehmend auch in Niedersachsen stattfindet. Überregionale Meldungen bleiben die Ausnahme

2. Im Nachgang zum Integrierten Maßnahmenkonzept von K+S und zur Sitzung des Runden Tisches

Die Ereignisse von Anfang November finden weiteres Echo in den Medien. Die „recycling technology“ lobt das Integrierte Maßnahmenkonzept: „K+S zeigt klare und positive Perspektiven auf“¹. Die hessische Grünen-Abgeordnete Erfurth kritisiert das Konzept in Bezug auf die Neue Integrierte Salzabwassersteuerung: „Neuer Name für Versenkung“ und fordert, die Verpressung von Salzlauge in den Untergrund müsse beendet werden.² In einem anderen Rundbrief für Recycling und Entsorgung (euwid) wird berichtet, dass K+S mit seinen Plänen zur Entsorgung auf Widerstand in der Politik stoße. Und dass der Runde Tisch sich in seiner Sitzung vom 10.11. nicht auf eine Empfehlung für eine Pipeline habe einigen können.³ Auch die taz beschreibt den Konflikt und weist auf die Sitzung des Runden Tisches hin: „Der letzte Versuch, das Dax-Unternehmen an die Kandare zu legen, ist auf den 11. November datiert. Der Runde Tisch ... wollte K+S verpflichten, Verpressung und Verklappung bis 2020 einzustellen. ... Die Idee scheiterte. Zu viele Parteien kochen in dem Gremium ihr eigenes Süppchen.“⁴ Auch im „Eisenacher Notizbuch“ der Thüringischen Landeszeitung wird die Sitzung des Runden Tisches als Scheitern wahrgenommen: „Nach 1,5 Jahren Arbeit hat der 'Runde Tisch Gewässerschutz' nicht einmal eine Maus geboren.“⁵

3. Regionale Diskussion um die Pipeline und um mögliche Alternativen

In einem TV-Beitrag im ZDF wird ein Konflikt innerhalb der Umweltverbände beschrieben. Während Umweltschützer im Werratal die Pipeline fordern (Interview Thomas Wey, BUND), sind Vertreter von Umweltverbänden an der Nordseeküsten zurückhaltend (Interview Peter Willers, Aktionskonferenz Nordsee) bis ablehnend (Interview Hajo Rutenberg, Bürgerinitiative „Rettet die Ems“).⁶

3.1 Diskussion in Niedersachsen

In Niedersachsen fordern Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion weitergehende Vermeidung und Verwertung vor Ort. Die Salzpipeline sei eine „Abkehr vom Verursacherprinzip“, so MdL Borngräber.⁷ Am 23.11.09 appellierte die SPD-Landtagsfraktion öffentlich an K+S, die Einleitung von Salz in die Werra zu stoppen und

¹ Recycling-technology.de; 13.11.09

² HNA, 21.11.09

³ Euwid, 17.11.09

⁴ Die tageszeitung, Nord, 17.11.09

⁵ Thüringische Landeszeitung, 14.11.09

⁶ ZDF 22.12.09, 12.15 Uhr, 4-minütiger Beitrag in der Sendung „Drehscheibe Deutschland“

⁷ Achimer Kreisblatt, 17.11.09

stattdessen „moderne Technik einzusetzen.“⁸ MdL Ronald „Schminke warf dem DAX-Konzern vor, die Technik nicht einsetzen zu wollen, da diese angeblich nicht wirtschaftlich genug sei.“⁹ „Dazu gehörten Verfahren, mit Hilfe derer die Laugen verfestigt werden und in die abgetragenen Gruben zurückgebracht werden könnten.“¹⁰ In dem Zusammenhang wird der Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Walter Hölzel, zitiert: „Der gesamte Boden im Werragebiet ist versalzen.“ Und weiter: „Da wird es jetzt darauf ankommen, wie sich die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof dazu stellen.“ ... „Schminke forderte auch Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) auf, die Interessen Niedersachsens stärker zu vertreten.“¹¹ Nicht nur die SPD-Landtagsfraktion, sondern „auch der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Björn Thümler, verlangte den Einsatz moderner Technologien, ´statt mehrere hundert Millionen Euro für eine Pipeline zu verplanen´. Der Grünen-Abgeordnete Christian Meyer kritisierte dagegen: ´Wer jetzt eine Fernpipeline definitiv ausschließt und kaum durchsetzbare Forderungen erhebt, lässt zu, dass der Konzern die Salzlauge weiter vor seiner Haustür in die Werra entsorgt.“¹²

3.2 Diskussion in Hessen und Thüringen

Während die Koalition von CDU und SPD in Thüringen die Fernleitung im Koalitionsvertrag verankerten, rückt die Partei „Die Linke“ davon ab. Sie distanziert sich von einer Pipeline. „Diese sei auch mit Problemen verbunden, sagte gestern Katja Wolf, umweltpolitische Sprecherin der Linke-Fraktion.“¹³ „Kummer und Wolf sehen längst einen anderen ‚Königsweg‘: ´Die Praxis der Rohstoffausbeutung muss verändert werden´, fordert Wolf.“ Allerdings sei die von K+S angestrebte NIS erst recht nicht die Lösung. Um zu erfahren, was die Landesregierung in dieser Situation vorhabe, hat die Linke-Fraktion eine Sitzung des Umweltausschusses beantragt, die sich mit ´Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz der Werra` befassen soll.¹⁴ Die FDP-Fraktionen in Hessen und Thüringen sehen „keine Alternative zum Bau einer Pipeline an die Nordsee. Bei einem Treffen in Erfurt forderten sie gestern ein länderübergreifendes Gipfeltreffen mit dem Kasseler Kali-Produzenten K+S. Die Pipeline könne 2020 in Betrieb gehen. An deren Betreibergesellschaft sollten die Anrainer-Bundesländer beteiligt werden.“¹⁵

Und der Landkreis Fulda fordert, „alle Verantwortlichen“ auf, die bestehenden Arbeitsplätze bei K+S in Neuhoft ´nachhaltig und in vollem Umfang´ zu sichern, nachdem die SPD-Fraktion im Vorfeld weitergehend verlässliche Aussagen von K+S dazu gefordert hatte, „wie mit dem anfallenden Salzabwasser zukünftig umgegangen wird.“¹⁶

Frank Hix, Vorsitzender des Vereins „Rettet die Werra“ und Bürgermeister von Bad Sooden-Allendorf, formuliert in einem Interview ein „Klares Ja zur Salz-Röhre“. Er äußert, Kritiker der Pipeline befänden „sich auf einer Linie mit K+S-Strategen, die das freuen dürfte. Von der Werra-Weser-Anrainerkonferenz wird verkannt, dass es nach dem Stand der Technik derzeit keine abfallfreie Produktion für das Werk Werra gibt.“¹⁷ Dagegen äußert sich Frank Reinhardt, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Sauberes Werratal“ skeptisch in einem TV-Beitrag des NDR und fordert, dass K+S den Stand der Technik einhalten solle und den Abfall bei der Produktion vermeiden und verwerten solle. Spätestens 2015 müsse in der Werra ohnehin aufgrund von EU-Vorgaben ein Wert von 200 Milligramm Chlorid je Liter erreicht werden.¹⁸

4. Die Jahrestagung des Weserbundes und die Finanzierung der Pipeline

In einem Radiobeitrag des WDR vom 23.11. 09 wird berichtet, der Weserbund unterstütze die Pipeline. Eine Resolution für die „heutige Jahrestagung“ fordere, spätestens ab 2020 keinerlei Einleitungen mehr in Werra

⁸ Wolmirstedeter Volksstimme, 24.11.09, Südthüringer Zeitung, 24.11.09, Thüringische Landeszeitung, 24.11.09,

⁹ Neue Osnabrücker Zeitung, 24.11.09, Bild online, 23.11.09,

¹⁰ Weser Kurier, 24.11.09, siehe auch Hannoversche Allgemeine, 23. und 24.11.09, Europaticker, 24.11.09

¹¹ Hamburger Abendblatt, 24.11.09, Bremervörder Zeitung, 25.11.09

¹² Neue Presse, Hannover, 24.11.09, siehe auch Freies Wort, 24.11.09, nh24.de, 24.11.09,

¹³ Thüringer Allgemeine, 18.11.09

¹⁴ Südthüringer Zeitung: 18.11.09, Thüringische Landeszeitung, 18.11.09, Freies Wort, 18.11.09

¹⁵ HNA, 17.12.09, Freies Wort, 17.12.09

¹⁶ Fulda info, 14.12.09, Osthessen News online, 14.12.09, Fuldaer Zeitung, 16.12.09

¹⁷ HNA, Witzenhausen, 16.11.09

¹⁸ NDR, 4.12.09, 19.30 Uhr, Niedersachsen – Das Magazin

und Weser zuzulassen.¹⁹ Mit einer Resolution, die die Mitglieder des Weserbundes – „*bei sechs Enthaltungen – während ihrer gestrigen Tagung in Schloss Bevern verabschiedeten, stützten sie die Position des Runden Tisches, dass die ... Entsorgung des unvermeidbaren Salzabwassers über eine Fernleitung an die Nordsee das am besten geeignete Mittel ist*“.²⁰ Hubert Backhaus, Vorstandsmitglied im Weserbund, äußerte gegenüber dem Westfalenblatt, dass sich die Bundesländer finanziell am Bau einer Pipeline beteiligten sollten. „*Das Unternehmen allein könne dieses Mammutprojekt für 500 bis 600 Millionen Euro nicht stemmen.*“²¹ Auch wenn dies die Meinung eines Vorstandsmitglieds blieb, wurde diese Position in den Medien breit rezipiert und dem Weserbund insgesamt zugeschrieben.²² Neben Ex-Landrat Backhaus signalisierte „*auch ein Sprecher des Thüringer Umweltministeriums ... Zustimmung zu einer Umsetzung des Mammutprojekts mithilfe von Steuermitteln.*“²³ Titel eines Artikels „*Zahlen wir alle für Salz-Pipeline?*“²⁴ Der Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag, kritisierte dies: „*Es kann nicht sein, dass die Kosten für eine Pipeline zur Entsorgung von Restabfällen der Kali-Produktion von K+S auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.*“²⁵

5. Verlängerung des Härtegrenzwertes

„*Das Landesverwaltungsamt hat dem Kali-Unternehmen K+S eine Frist zur Senkung der Laugenmenge aus dem Werk Unterbreizbach gesetzt. Spätestens bis Ende 2012 müsse in dem Werk im Wartburgkreis eine Eindampfanlage in Betrieb gehen, die eine weitgehend abwasserfreie Kali-Gewinnung ermögliche, teilte das Landesverwaltungsamt in Weimar mit. Gleichzeitig erklärte die Behörde, dass der für die umstrittene Salzwassereinleitung in die Werra maßgebliche Härtegrenzwert bis 2012 beibehalten wird, Ein anderes Vorgehen würde die Einstellung der Produktion in Unterbreizbach bedeuten. Linke und Grüne kritisierten die Beibehaltung des Härtegrenzwertes.*“²⁶ An anderer Stelle wird darüber nachgedacht, was mit den Rückständen der Verdampfung geschehen wird. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, befürchtet, die vorgesehene Verbringung überschüssiger Mengen an dieser hochkonzentrierten Magnesiumchlorid-Lösung untertage, sei nichts anderes als eine Flutung von Bergwerken. K+S-Sprecher Oliver Morgenthal führt aus, dass die Mengen „*in Grubenhohlräumen eingestapelt*“ werden.²⁷ Im Nachgang zur Sitzung des thüringischen Umweltausschusses vom 2.12.09 kritisiert die Linke-Abgeordnete Katja Wolf die Verlängerung des Härtegrenzwertes als inakzeptabel.²⁸ Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU) verteidigte in dem Gremium die Entscheidung. Die Verlängerung bis zum Jahr 2012 sei alternativlos gewesen.²⁹ Im Kommentar in der Südthüringer Zeitung wird diese Entscheidung als „*Einknicken*“ der Landesregierung bezeichnet. Seit Jahren wisse man, dass der Härtegrenzwert auslaufe. „*Statt ewig mit K+S zu feilschen und zu prüfen, was möglich und finanzierbar sein könnte, sollten die Länder endlich klare Vorgaben und Umweltstandards festlegen, ab wann welche Grenzwerte gelten. ... Wie schnell es im Zweifelsfall gehen kann, zeigt die geplante Verdampfungsanlage in Unterbreizbach.*“³⁰ In ähnliche Richtung argumentiert auch ein Leserbriefschreiber: „*Der K+S Konzern spielt auf Zeit. Seine Untätigkeit wird wieder einmal hingenommen und akzeptiert.*“³¹

Am 3.12.09 verlängerte „*das Regierungspräsidium Kassel ... den bis zum 30. November 2009 befristeten Grenzwert von 90 Härtegraden um drei Jahre bis zum 30. November 2012... Zur Begründung hieß es, das Unternehmen könne einen niedrigeren Grenzwert nur umsetzen, wenn es Abwässer wieder in der Erde*

¹⁹ WDR 2, 23.11.09, 14.30 Uhr, Nachrichten aus Ostwestfalen-Lippe (OWL)

²⁰ Neue Westfälische online, 24.11.09

²¹ Südthüringer Zeitung, 23.11.09

²² So in der Rhein-Main-Zeitung vom 23.11.09, in der Braunschweiger Zeitung vom 23.11.09, im Freien Wort vom 23.11.09, in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 22.11.09

²³ HNA, 24.11.09, HNA, Witzenhausen, 24.11.09

²⁴ HNA Münden, 24.11.09

²⁵ HNA Münden, 26.11.09

²⁶ Freies Wort, 27.11.09, Südthüringer Zeitung, 27.11.09, Wiesbadener Kurier, 27.11.09

²⁷ Südthüringer Zeitung, 2.12.09

²⁸ Thüringer Allgemeine, 3.12.09,

²⁹ Ad-hoc-news online, 3.12.09

³⁰ Südthüringer Zeitung, 3.12.09

³¹ Freies Wort, 22.12.09

versenke. Dies sei aber im Interesse des Grundwasserschutzes nicht zulässig.“³² Über diese Entscheidung wird auch in den Fernsehnachrichten von HR und SAT 1 berichtet. Dort wird darauf hingewiesen, dass das mit einer Investitionssumme von 360 Mio. Euro geplante Maßnahmenpaket von K+S erst 2012 anfangen werde zu greifen.³³

6. Treffen der Umweltminister der Weser-Einzugsgebiete

Am 4.12.09 trafen sich die Umweltminister der Weser-Einzugsgebiete. Sie haben dort „den ersten Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm für die Weser (entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie) beschlossen.“³⁴ Den Streit um die Pipeline haben sie dort nicht geklärt. „Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) bleibt bei seinem Nein zu dieser Fernleitung, während NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) und seine Kollegen damit das Problem der Einleitung von Salzlauge in Werra und Weser durch die Kaliindustrie beheben wollen.“³⁵ In einem Fernsehbeitrag des NDR, der über den Ministertreffen berichtet, kommt Minister Sander zu Wort: „Deswegen werden wir für die niedersächsische Bevölkerung auch weiter dafür sorgen müssen, dass alle anderen Dinge erstens geprüft und auch installiert werden, bevor wir uns dann unter Umständen dann einer Pipeline dementsprechend zuwenden können.“³⁶

7. Streit um die aktuelle Versenkung von Salzabwasser

Die Gemeinde Gerstungen kündigt an, zum 2. Januar 2010 eine Untätigkeitsklage gegen das Regierungspräsidium Kassel einzureichen, wenn der RP bis dahin die Versenkerlaubnis für K+S nicht widerrufen hat. K+S habe den Nachweis erbracht, dass es die Versenkung nicht beherrsche, die für die Zukunft angedachte Neue Integrierte Salzabwassersteuerung sei ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gemeinde Gerstungen bezieht sich dabei auf ein Gutachten, das den Zusammenhang zwischen der Versenkung in Wintershall und den Trinkwasseranlagen in Gerstungen bescheinigt.³⁷ In diesem Zusammenhang eskaliert auch der Konflikt zwischen K+S und einer anderen Kommune. Im Rahmen des vom Freistaat Thüringen angeordneten Überwachungsprogramms soll K+S auch einen Brunnen auf der Gemarkung von Marksuhl beproben. „Anders als Gerstungen macht es die Gemeinde Marksuhl seit zweieinhalb Jahren unmöglich, dass K+S auch nur an eine Wasserprobe gelangt. Auf den ersten Blick scheint es dabei um eine Gebühr von 500 Euro zu gehen, die die Gemeinde von K+S für die Beprobung verlangt. „Es geht ums Prinzip. Trostmann (Bürgermeister Marksuhl) hält die Laugenversenkung für illegal,“ meldet die Presse unter dem Titel „Zoff am Brunnen“.³⁸

8. Was tut sich bei K+S?

Die Agrarzeitung erläutert, „bei Stickstoff- und Kalidüngern klappt im Frühjahr eine große Lücke“. Die Landwirte müssten im kommenden Frühjahr die Lager auffüllen, die Hoffnung der Landwirte auf einen Preisverfall sei unrealistisch.³⁹

Dennoch: „Die Lage bei Kali ist schwierig“, unter diesem Titel berichtet die Presse über den Vortrag eines K+S-Referatsleiters beim Bergmannverein Unterbreizbach. „Nicht zuletzt aufgrund der Finanzkrise sei die Nachfrage allerdings abrupt eingebrochen. Im Verbund der Kaliwerke unter dem Dach von K+S Kassel habe besonders der Standort Unterbreizbach unter dieser Situation zu leiden, weil man in diesem Werk

³² HNA, 4.12.09, siehe auch Frankfurter Rundschau, 4.12.09, Hersfelder Zeitung, 4.12.09

³³ SAT 1, 4.12.09, Nachrichten 17.30 live; HR, 4.12.09, Hessenschau kompakt

³⁴ Pressrelations.de, 5.12.09, Ad-hoc-news Online Deutschland, 5.12.09, wetter.com, 5.12.09, www.proplanta.de, 8.12.09

³⁵ Neue Westfälische online, 7.12.09

³⁶ NDR, 4.12.09, 18.03 Uhr

³⁷ Thüringische Landeszeitung 28.11.09, Thüringer Allgemeine, 1.12.09

³⁸ Thüringer Allgemeine, 10.12.09

³⁹ Agrarzeitung, 20.11.09

überwiegend den sogenannten 60er Kalidünger produziere, der vor allem in der europäischen Landwirtschaft derzeit 'kaum nachgefragt wird'.⁴⁰ Die Folge für die Gemeindekasse Unterbreizbach: „Gewerbesteuern sprudeln nicht mehr.“ Um mehrere Millionen Euro müssen die vorgesehenen Einnahmen korrigiert werden.⁴¹ Und es müssen 1,7 Mio. Euro bereits gezahlte Steuern zurückgegeben werden.⁴² Ein ähnliches Bild in Philippsthal: „Statt geplanter 13 Mio. Euro Gewerbesteuern fließen jetzt nur noch 400.000 Euro aus dieser Abgabe in die Gemeindekasse.“⁴³

Trotz der schwierigen Lage wird in Unterbreizbach investiert: Der Bau einer Eindampfanlage in Unterbreizbach soll vorgezogen werden, berichtet Dr. Diekmann, Mitglied der Geschäftsführung der K+S Kali GmbH im Gespräch mit Landrat Krebs.⁴⁴ Die Realisierung ist auf dem Weg, für die Eindampfanlage wurde nun im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange die Abstimmung mit der Nachbargemeinde Vacha gesucht: Bei der Stadtratssitzung in Vacha trugen K+S und das Planungsbüro dazu vor.⁴⁵

Weitere Nachrichten zum Thema:

- | Das Werra-Kombi-Terminal in Röhringshof soll nach Verzögerungen im Januar 2010 eingeweiht werden.⁴⁶
- | Die Linke-Fraktion im Thüringer Landtag fordert, dass für die Grubensicherung an der Werra künftig auf Steinsalz von den Halden über Tage anstatt auf eigens gebrochenes untertägliches Steinsalz zurück gegriffen werden solle. Damit im Zusammenhang könnten Mitarbeiter aus Unterbreizbach, anstatt auf Kurzarbeit gesetzt zu werden, an der Beseitigung von Kali-Altlasten arbeiten.⁴⁷

⁴⁰ Südthüringer Zeitung, 23.11.09

⁴¹ Freies Wort, 21.11.09

⁴² Südthüringer Zeitung, 7.12.09

⁴³ Hersfelder Zeitung, 16.12.09

⁴⁴ Thüringische Landeszeitung, 21.11.09, Südthüringer Zeitung, 21.11.09, Freies Wort, 21.11.09

⁴⁵ Südthüringer Zeitung, 17.12.09

⁴⁶ Freies Wort, 14.11.09

⁴⁷ Südthüringer Zeitung, 14.12.09, Thüringische Landeszeitung, 17.12.09